

Integrierte Standortpolitik gefordert

Nicht nur die PHARMIG
ortet Verbesserung-
potenzial beim
Wirtschaftsstandort
Österreich.

TALENT-DÜRRE

Warum es auch im Pharmabereich immer
schwieriger wird, Fachkräfte zu finden.

DER WEG ZUR CO₂-FREIHEIT

Wie dank des Projekts „DekarbPharm“
die CO₂-Neutralität gelingen kann.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ganszeit ist. Heuer kostet's 35 Euro. Jedenfalls dort, wo ich es auf der Speisekarte gesehen habe. 35 Euro hat einmal ein Wagyu Rindersteak gekostet, ehemals als das „Fleisch der Kaiser und Adligen“ bezeichnet. Heute zählt offensichtlich auch die Gans dazu.

Teuer, teurer, billiger

Doch ist den Gastwirtinnen und Gastwirten kein Vorwurf zu machen. Sie sind, wie wir alle, Opfer der Inflation und Preissteigerungen durch diverse Krisenherde. Alles ist teurer. Wirklich alles? Naja, nicht ganz.

Tatsächlich bleibt bei aller Inflation und Preissteigerung der Preis der hierzulande verfügbaren Arzneimittel gleich. Kostensteigerungen entlang der Produktions- oder Lieferkette können nicht wie in allen anderen Branchen weitergegeben werden. Dafür sorgen die strikten und restriktiven Preisregularien. Dabei gilt Österreich ohnehin schon als Niedrigpreisland im EU-Vergleich.

Eh alles Krisengewinnler?

Das bringt die Unternehmen zunehmend in Schwierigkeiten. Nicht nur, aber vor allem auch die hier ansässigen produzierenden Unternehmen. Wenn die Branche aufschreit und darauf hinweist, dass diese Entwicklung der Versorgung mit Arzneimitteln nicht zuträglich ist, bekommt sie eines zu hören: Bei so hohen Gewinnen kann das ja kein Problem sein! Ist es aber. Man kann nämlich nicht alle über einen Kamm scheren. Das geht nur beim Friseur.

So werden wir nicht müde, in diesem Herbst und Winter auf die Nöte und Sorgen der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer heimischer Betriebe und hier ansässiger Niederlassungen hinzuweisen. Sie schauen auf das Wohl ihrer Betriebe und damit auf das ihrer Angestellten. Tatsächlich sollte es uns allen ein Bedürfnis sein, dass die Vielfalt in der Arzneimittelversorgung erhalten bleibt.

Haben Sie Freude am Leben sowie am Lesen dieser PHARMIG Info!



Peter Richter, BA MA MBA
Head of Communications & PR



IMPRESSUM

Medieninhaber: PHARMIG - Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, A-1010 Wien, Operngasse 6, T +43 1 4060 290, pharmig.at, ZVR-Zahl: 319 425 359 Herausgeber: PHARMIG - Communications & PR Redaktion: Frank Butschbacher, Mag. (FH) Martina Dick, Mag. Nicole Gerfertz-Schiefer, Mag. (FH) Stefan Prims, Peter Richter, BA MA MBA Produktionsleitung: Mag. Daniela Purer Art Director: Nicole Fleck E-Mail: office@pharmig.at Produktion: WEKA Industrie Medien GmbH Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH, 2540 Bad Vöslau Coverfoto: Adobe Stock



Philipp von Lattorff
PHARMIG-Präsident

MEHR WEITBLICK

Schaut man vom Kahlenberg auf Wien, bekommt man rasch ein Gefühl für die Größe der Stadt, sieht ihre Ausläufer und kann ihre markanten Sehenswürdigkeiten klar erkennen. Wenig – außer möglicherweise der Herbstnebel – stört diesen Weitblick. Ein gegenteiliges Gefühl, nämlich eines von Unübersichtlichkeit, Zersplitterung und Fragmentierung, löst ein Blick auf die Finanzierungsströme im österreichischen Gesundheitswesen aus.

Das ist nicht nur störend, es macht den Gesundheits-, Lifesciences- und Pharmastandort Österreich unattraktiv. Eine Vereinfachung der Finanzierung des Gesundheitswesens kann ich also nur begrüßen. Dabei erscheint es mir insgesamt wichtig, mit Weitblick zu agieren und ganzheitlich auf den Nutzen von pharmazeutischen Innovationen zu schauen.

Innovative Therapien sind eine Investition in die Gesundheit der Bevölkerung und in die wirtschaftliche Kraft einer Gesellschaft. Gerade ein kleines Land wie Österreich sollte es sich nicht nehmen lassen, seine Innovationskraft zu zeigen und neue Therapien jenen zur Verfügung zu stellen, für die sie entwickelt wurden.

Ein innovationsfreundliches Klima ist ein wichtiger Anreiz, damit weiter in den Standort Österreich investiert wird. Es bietet Unternehmen langfristige Planbarkeit und sicheren Marktzugang und erleichtert den Ausbau von Forschungsaktivitäten. Darum bin ich für mehr Weitblick ohne Herbstnebel!



Ihr Philipp von Lattorff

06

Integrierte Standortpolitik bedeutet abgestimmtes Planen und Vorgehen in Wirtschaft, Wissenschaft, Arbeitsmarkt und Gesundheit.

12

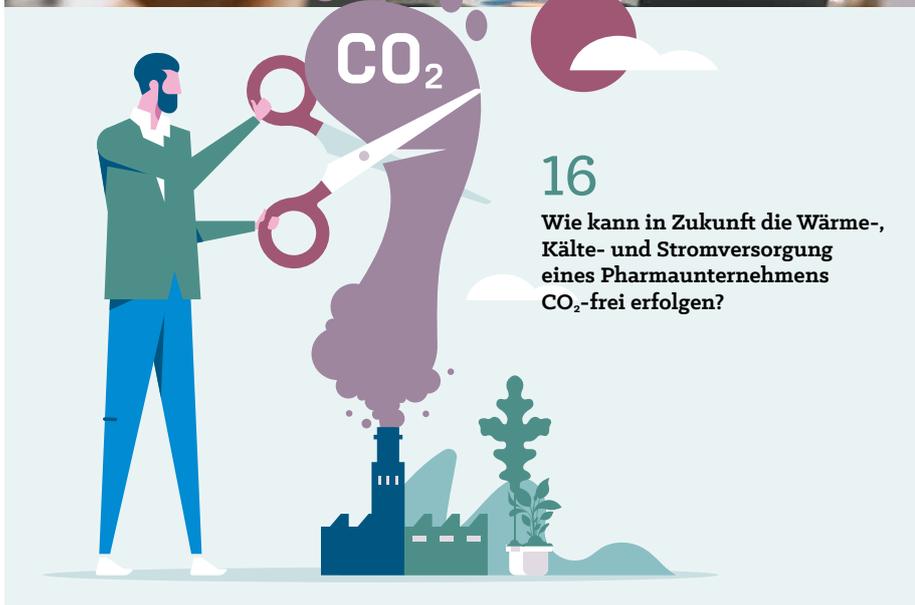
Von der Erfolgsgeschichte zum Dauerbrenner: Allorts sind Fachkräfte in der pharmazeutischen Industrie rar.



CO₂

16

Wie kann in Zukunft die Wärme-, Kälte- und Stromversorgung eines Pharmaunternehmens CO₂-frei erfolgen?



Fotos: Adobe Stock

MENSCHEN & MÄRKTE

4

INTERVIEW

Linda Krempf spricht im Interview über ihre Pläne für die Bereiche Regulatory, Affairs, Supply and Innovation der PHARMIG.

THEMA

6

GEFORDERT: INTEGRIERTE STANDORTPOLITIK

Ein Blick über den Silo-Rand offenbart den Nutzen einer gut abgestimmten Politik.

POLITIK & WIRTSCHAFT

12

TALENT-DÜRRE

Händeringend gesucht: das passende Match am Arbeitsmarkt.

14

WENIGER PING-PONG

Die Finanzmauer zwischen Krankenhaus und niedergelassener Praxis soll fallen.

15

FORSCHUNGSMARATHON

Österreichs Innovationspotenzial hat noch Luft nach oben.

FORSCHUNG

16

DER WEG ZUR CO₂-FREIHEIT

Das Branchenprojekt „DekarbPharm“ hat die 100%ige CO₂-Neutralität der österreichischen Pharmabranche zum Ziel.

18

WIENER FORSCHUNGSFEST

Prinzipien einer klinischen Studie kinderleicht erklärt.

19

RESPEKTLOS IN BEWEGUNG

Aggressivität im Straßenverkehr nimmt zu. Ein Faktencheck zum Thema „Road Rage“.

INSIDE

20

ENDE DER HEIMISCHEN PRODUKTION?

Faire Preise gefordert!

MEDIA

22

BUCHTIPP

„Als die Giraffe noch Liebhaber hatte“: Vier französische Forscher, vier Geschichten.

RUBRIKEN

5 Kopf des Monats

5 Zahl des Monats

23 Mikroskop

Linda Krempf

ist es wichtig, eine gute fachliche Unterstützung zu den vielfältigen Themen der Mitgliedsunternehmen anzubieten.

Allen zuhören und mit einer Stimme sprechen

Linda Krempf hat mit 1. September 2022 die Verantwortung für den Bereich Regulatory Affairs, Supply and Innovation der PHARMIG übernommen. Im Interview berichtet sie über ihre Pläne für die nächsten Jahre.

Interview: Nicole Gerfertz-Schiefer

Was fällt alles in den Aufgabenbereich Ihrer Abteilung?

Linda Krempf: Die Abteilung umfasst drei Bereiche: Regulatory widmet sich der Unterstützung bei den behördlichen Prozessen vor, während und nach der Zulassung. Dabei gewinnt speziell der Bereich der Pharmakovigilanz zunehmend an Bedeutung für die Unternehmen. Im Bereich Supply geht es um die Sicherstellung einer lückenlosen Versorgung mit qualitätsgeprüften Medikamenten. Hierzu gehören auch die Themen Vermeidung von Lieferengpässen sowie Fälschungssicherheit. In den Bereich Innovation fallen neben innovativen Therapien auch die Bereitstellung von Sicherheitsdaten, wie Neben- und Wechselwirkungen sowie die Nutzung von Gesundheitsdaten durch Digitalisierung.

Was sind aktuell die wichtigsten Aspekte in diesen Bereichen für die PHARMIG-Mitgliedsunternehmen?

Die Mitglieder der PHARMIG setzen sich aus unterschiedlich großen österreichischen und internationalen Unternehmen zusammen. Durch die Diversität in ihren Strukturen entstehen unterschiedliche Bedürfnisse und daher gibt es hier wohl individuelle Schwerpunkte bei den einzelnen Unternehmen. Ich denke, dass aber für alle derzeit die Darlegung von Informationen zu einem Arzneimittel bzw. die Vernetzung von Daten auf nationaler und europäischer Ebene dominierende Themen darstellen. Europaweit gibt es unter anderem die Idee, alle Produktionsstandorte lückenlos

„Mir ist es bereits seit meinem Studium der Biotechnologie ein großes persönliches Anliegen, die Leistungen der Forschung an die Öffentlichkeit zu bringen. Auch dazu kann ich in meiner neuen Position beitragen.“

nachverfolgen zu können, um im Interesse der Patientensicherheit Fälschungen vorzubeugen und Lieferengpässe zu vermeiden. Das Befüllen der gemeinsamen Datenbanken bringt für die Unternehmen aber einen großen operativen Aufwand mit sich. Zunehmend rücken weiters Real-World-Daten in den Fokus bzw. beschäftigt uns das mittlerweile sehr intensiv. Dank dieser nach der Zulassung erhobenen Daten kann ein genaueres Sicherheitsprofil von Arzneimitteln erstellt werden.

Welche Schwerpunkte möchten Sie in den nächsten Jahren setzen?

Mir ist es wichtig, dass wir eine gute fachliche Unterstützung zu breit gefächerten Themen bzw. der Produktvielfalt anbieten können und unsere Mitgliedsunternehmen proaktiv über Neuerungen informieren.



Zudem möchte ich die schon bisher enge und ergänzende Zusammenarbeit mit unseren Partnerverbänden, wie beispielsweise der AUSTROMED und der IGEPHA, weiter forcieren. Auch europäische bzw. internationale Kooperationen liegen mir am Herzen, da gewisse Themen nur auf internationaler Ebene gelöst werden können, beispielsweise im Bereich der Arzneimittel für seltene Erkrankungen.

Sie fungieren als Schnittstelle zwischen Pharmaunternehmen, Behörden und anderen Stakeholdern in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medizin. Welche Vorteile ergeben sich dadurch für die Mitgliedsunternehmen?

Die PHARMIG kann mit einer Stimme für viele Unternehmen sprechen. Wir wollen bei Fragen Informationen liefern und aufklären. Zudem erfahren wir durch unsere Gespräche mit vielen verschiedenen Unternehmen und den Stakeholdern des Gesundheitswesens, welche Probleme es gibt und können zur Lösung beitragen.

Was reizt Sie persönlich an Ihrer neuen Aufgabe?

Die Vielfalt der Themen und die Gelegenheit, unterschiedliche Perspektiven anzuhören und zu diskutieren, und das Bestreben, am Ende des Tages eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten geschaffen zu haben. Ich war zuvor in verschiedenen Pharmaunternehmen tätig und habe häufig gesehen, wo die Herausforderungen in den Fachabteilungen und auf Unternehmensebene liegen.

Foto: Stefan Joham

KOPF DES MONATS

EIN AUSGEZEICHNETER WISSENSCHAFTLER

Der höchste Wissenschaftspreis der Welt geht dieses Jahr an einen Österreicher. Wie die Königlich Schwedische Akademie der Wissenschaften bekanntgab, erhält der Quantenphysiker und ehemalige Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften Anton Zeilinger den Nobelpreis für Physik 2022. Besonders seine bahnbrechenden Arbeiten zum quantenphysikalischen Phänomen der Verschränkung sind ausschlaggebend für die hohe Auszeichnung.

Zeilingers wissenschaftlicher Werdegang führte den 1945 geborenen Oberösterreicher unter anderem ans Massachusetts Institute of Technology MIT, die Technische Universität München und an das Collège de France sowie als Professor für Experimentalphysik nach Innsbruck und als Professor an die Universität Wien.

Seine Forschungsarbeiten konzentrierten sich insbesondere auf das Gebiet der quantenphysikalischen Verschränkung, die rätselhafte Verbindung zwischen zwei Teilchen, die unabhängig von ihrer Entfernung einen identischen Zustand annehmen. Hier gewann Zeilinger Erkenntnisse, die sich nicht zuletzt für zukünftige Anwendungen wie die Quantenkryptographie und das Quanteninternet als überaus wertvoll erwiesen. Dieses Anwendungspotential demonstrierte der Physiker in zahlreichen Experimenten, wie etwa 2017 mit dem weltweit ersten quantenkryptographisch verschlüsselten Video-Telefonat über zwei Kontinente zwischen Wien und Peking. „Ohne die Quantenphysik gäbe es heute keine CD-Spieler, keine Halbleiter, keine Computer oder Laser“, wird Zeilinger nie müde zu erklären.

Unter den zahlreichen Preisen und Auszeichnungen, die Zeilinger für diese Arbeiten erhielt, finden sich das Österreichische



Foto: ÖAW/Sepp Dreissinger

„Ohne die Quantenphysik gäbe es heute keine CD-Spieler, keine Halbleiter, keine Computer oder Laser.“

Anton Zeilinger, Quantenphysiker

Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst, der Descartes-Preis der Europäischen Kommission, die Isaac-Newton-Medaille (UK), der Orden Pour le Mérite, der israelische Wolf-Preis und der chinesische Micius-Preis.

Neben Erwin Schrödinger, Victor Franz Hess und Wolfgang Pauli kann Österreich mit Anton Zeilinger nun insgesamt vier Nobelpreisträger für Physik vorweisen.

ZAHL DES MONATS

30

Jahre Entwicklung in der Krebstherapie zeigen, dass die Chancen auf Heilung stetig steigen. Möglich machen das Fortschritte in der Früherkennung und wichtige (Weiter-)Entwicklungen auf der Ebene von operativen, systemischen und Radiotherapien. Seit 1991 ist laut einer aktuellen Veröffentlichung der efpia (European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations) die Sterblichkeitsrate über alle Krebsarten hinweg um 21 Prozent zurückgegangen. Dieser Trend gilt auch für Österreich, wo das relative 5-Jahres-Überleben sowohl bei Frauen (63,3 Prozent) als auch bei Männern (58,3 Prozent) angestiegen ist.

Gefordert: Integrierte Standortpolitik

Foto: Stefan Czakay



„Ein abgestimmtes Planen und Vorgehen in Wirtschaft, Wissenschaft, Arbeitsmarkt und Gesundheit kann dazu beitragen, Österreich zu einem attraktiven Pharmastandort zu machen. Doch diese Linie muss die Politik vorgeben. Will sie Österreichs Wirtschaftskraft erhöhen und einen attraktiven, wachsenden und wettbewerbsfähigen Pharmastandort schaffen, muss sie dafür einen klaren, gemeinsamen und zukunftsorientierten Rahmen bereitstellen, der im Sinne der Arzneimittelversorgung auch gute Bedingungen für Forschung, Produktion und Marktzugang berücksichtigt.“

Alexander Herzog,
PHARMIG-Generalsekretär

Foto: Adobe Stock

Die pharmazeutische Industrie in Österreich hat in den letzten Jahren Beträge in Milliardenhöhe in den Standort Österreich investiert. „Doch die Rahmenbedingungen für den Standort sind insgesamt nach wie vor verbesserungswürdig“, meint PHARMIG-Generalsekretär Alexander Herzog (siehe dazu auch die weiteren Stimmen aus der pharmazeutischen Industrie auf Seite 8). Mit dieser Kritik am Wirtschaftsstandort Österreich steht die Pharmabranche nicht allein da.

Text: Nicole Gerfertz-Schiefer

Phillip C. Nell, Leiter des Instituts für International Business und des „Headquarters in Austria“-Projektes an der Wirtschaftsuniversität Wien, ortet Verbesserungspotenzial beim Wirtschaftsstandort Österreich. Er forscht u.a. zu Standortentscheidungen von Unternehmenszentralen: „Wir bewerten dabei die institutionelle Qualität eines Standorts, die sich aus einer Vielzahl von Faktoren zusammensetzt. Dazu gehören etwa das Ausmaß der Bürokratie im Land, die Zuverlässigkeit des Rechtssystems, die Qualität des Ausbildungssystems, die Anzahl der zur Verfügung stehenden Fachkräfte sowie die vorhandene Infrastruktur. Diese Elemente sind wichtige Treiber für die Attraktivität eines Standortes“, betont Nell. Nicht bei all diesen Aspekten sei Österreich gut aufgestellt: „Im World Competitiveness Ranking der IMD Business School erreichte Österreichs ‚Government Efficiency‘ zum Beispiel nur Rang 34 hinter den Niederlanden, Tschechien, oder Thailand“, berichtet Nell.

Institutionelle Qualität steigern

Nell sieht vor allem in folgenden Punkten Handlungsbedarf für Österreich:

- 1 Innovation und Entrepreneurship:** „In Österreich ist der Bereich der Start-ups verbesserungswürdig, das liegt u.a. an dem kleinen Markt, aber auch an fehlendem Risikokapital und erheblicher Bürokratie. Hier gerät Österreich im Vergleich zu anderen Ländern wie beispielsweise Deutschland ins Hintertreffen“, so Nell.
- 2 Digitalisierung:** „Firmen haben hierzulande u.a. einen nicht ausreichenden Zugang zu ‚digital talents‘ – das wird uns in Zukunft noch verstärkt Probleme bereiten“, ist Nell überzeugt.
- 3 Wissenschaftsfeindlichkeit:** „Nicht zuletzt hat die Pandemie gezeigt, dass die österreichische Bevölkerung im Schnitt deutlich wissenschaftsfeindlicher ist als in anderen

europäischen Ländern. Das brems die wissenschaftliche Forschung. Gleichzeitig will die Bevölkerung eine bessere Gesundheitsversorgung und hochwirksame Medikamente. Das geht aber nicht ohne die Innovationen der Pharmakonzerne, die wiederum ein wissenschaftsfreundliches Umfeld brauchen ...“, betont Nell.

4 Einwanderung: „In Österreich wird ein Fachkräftemangel beklagt und geburtenstarke Jahrgänge gehen in Pension. Gleichzeitig sind Aufenthalts- und Staatsbürgerschaftsrecht ziemlich restriktiv. Dies erschwert den Zugang zu qualifizierten Personen aus dem Ausland, vor allem aus Nicht-EU-Ländern“, so Nell.

Entscheidungen und Abläufe koordinieren

„Die institutionelle Qualität eines Standorts ist wie gesagt ein multifaktorielles Konstrukt, in das viele verschiedene Aspekte einfließen. Daher macht es Sinn, diese auch miteinander abzustimmen, auch zwischen unterschiedlichen Ministerien, Behörden, Institutionen etc.“, erklärt Nell. Zudem sollte es seiner Meinung nach gerade in einem



Foto: Klimpt

„Für eine hohe institutionelle Qualität eines Standorts müssen viele verschiedene Faktoren wie zum Beispiel Infrastruktur, Bürokratie oder Einwanderung miteinander abgestimmt werden. Hier integriert zu denken und zu handeln, macht absolut Sinn.“

Phillip C. Nell, Leiter des Instituts für International Business an der Wirtschaftsuniversität Wien

kleinen Land wie Österreich eigentlich relativ einfach sein, Entscheidungen und Abläufe zu koordinieren. Dass es hier immer wieder zu Schwierigkeiten kommt, könnte laut Nell auf den in Österreich ausgeprägten Föderalismus zurückgehen.

Um den Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken, sind in Nells Augen auch private Initiativen sehr wichtig. Hier nennt er als ein Beispiel das Projekt „eXplore!“, von dem Nell Forschungsunterstützung erhält. Diese unabhängige Förderinitiative zielt darauf ab, Menschen mit Unternehmens- und Forschungsgeist näher zusammenzubringen. Auch solche Initiativen gehören seiner Ansicht nach zu einer integrierten Standortpolitik.



Foto: Adobe Stock

SILO-DENKEN AUFBRECHEN!

Die österreichische Pharmaindustrie fühlt sich zwar als innovative Branche wertgeschätzt, aber gleichzeitig durch Marktzugangshürden benachteiligt. Wir haben dazu drei Stimmen aus der pharmazeutischen Industrie eingeholt.

Dr. Wolfgang Andiel, Head of External Affairs und Market Access bei Sandoz GmbH sowie Präsident des Österreichischen Generikaverbandes, findet die Förderungsmechanismen in Österreich, die natürlich auch dem Wirtschaftsstandort zugutekommen, sehr gut. Doch er kritisiert den Preisdruck des österreichischen Gesundheitswesens: „Dies macht ein Auslagern in den asiatischen Raum und auch Zukäufe von außen notwendig, führt daher zu einem Abfluss von Produktion, Arbeitsplätzen sowie Wertschöpfung und verursacht Wettbewerbsnachteile und Abhängigkeiten von anderen Ländern“, betont er. Vor allem die Marktzugangshürden bei Medikamenten – sowohl bei innovativen als auch im niedrigen Preissegment, z. B. patentfreie Arzneimittel – stellen seiner Meinung nach ein Problem dar, das die Versorgung beeinträchtigt. „Dieser erschwerte Marktzugang spielt für globale Unternehmen durchaus eine Rolle bei der Entscheidung, ob sie in diesem Land produzieren oder eben nicht“, so Andiel. Auch bei Lieferengpässen und Versorgungsknappheiten werde Österreich teilweise hintangestellt (z. B. hinter Deutschland), da Länder mit anderem (besserem) Preisniveau bevorzugt beliefert würden, erklärt er. Im Bereich Arbeitsplätze sieht er mehrere Schwierigkeiten: „Es herrscht großer Mangel an Fachkräften, gleichzeitig können Personen aus außereuropäischen Ländern nur sehr erschwert nach Österreich geholt werden. Bis diese hier einsetzbar sind, dauert es sechs Monate – in der Zeit suchen sich diese Menschen doch einen anderen Job! Für akademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bietet Österreich zwar ein gutes Umfeld, aber die Ausbildungsmöglichkeiten für deren Kinder sind oftmals ein Problem. Zum Beispiel wird erst jetzt – endlich! – eine internationale Schule in Tirol geöffnet“, so Andiel. Er ist davon überzeugt, dass eine heutige Standortpolitik den gesamten Wertschöpfungszyklus betrachten muss: von Grundlagenforschung über Entwicklung und Produktion bis hin zu Zulassung und Marktzugang. „Die Vorteile einer integrierten Standortpolitik liegen auf der Hand: Die Abhän-

gigkeit vom asiatischen Raum würde sinken, Forschungs- und Investitionsförderungen würden durch Marktzugangshürden nicht länger konterkariert, sondern es wäre ein angemessener Marktzugang möglich. Letztlich muss eine Stärkung der Produktion in Österreich und Europa unser Ziel sein, denn dies bringt eine höhere Versorgungssicherheit und auch mehr Steuern. Daher muss man bei einer integrierten Standortpolitik über Österreich hinausdenken und diese auch auf EU-Ebene vorantreiben“, betont Andiel.

Dr. Johanna Grames, Senior Manager, International Government Affairs and Health Economics, AOP Health, findet es grundsätzlich positiv, dass sich die österreichische Politik zur Life Sciences-Branche bekennt. AOP Health entwickelt Therapien für Menschen mit seltenen Erkrankungen und in der Intensivmedizin. Das Geschäftsmodell des Unternehmens ist jedoch in den Fördersystemen nicht vorgesehen: „Wir haben das Know-how, entwickeln das Konzept und tragen die Verantwortung, die Kosten und das Risiko. Nichtsdestotrotz fällt ein wesentlicher Teil der operativen Kosten im Labor oder bei den Maschinen an. Es wäre unwirtschaftlich, diese eigenbetrieblich zu bedienen. Um als Pharmaunternehmen laut Richtlinien der Forschungsförderungsgesellschaft förderungswürdig zu sein, muss aber ein überwiegender Teil der Leistungen eigenbetrieblich erfolgen. Dies ist speziell im Life Sciences-Bereich nicht mehr zeitgemäß. **So werden Förderanträge im Keim erstickt. Gleiches gilt auch für die Forschungsprämie.** Dort kommt erschwerend hinzu, dass Forschungsprojekte ab Zulassung nicht mehr als Forschung gewertet werden und somit keine Forschungsprämie erhalten“, erklärt Grames. Doch jede Investition in Forschung komme mehrfach als Wertschöpfung zurück, daher fordert auch sie eine integrierte Standortpolitik, die die gesamte Wertschöpfungskette entlang denkt und dementsprechend langfristige Zusammenhänge fördert. **„Zweitens wünschen wir uns, dass die Player im Gesundheitssystem integriert und nicht parallel oder gar gegeneinander arbeiten“** so Grames in Bezug auf integrierte Therapien, die über das Arzneimittel hinaus auch noch Medical Devices, Digitale Applikationen und Special Patient Care anbieten. Sie ist davon überzeugt, dass eine integrierte Standortpolitik, die diese Aspekte berücksichtigt, ein effizienteres und erfolgreicherer Arbeiten ermöglichen, was wiederum die Wertschöpfung am Standort fördern und mehr qualifizierte Arbeitskräfte bringen würde.

Dr. Bernhard Wittmann, Geschäftsführer der Sigmapharm Arzneimittel GmbH, einem rein privaten mittelständischem Unternehmen, und PHARMIG-Vizepräsident, sieht das in Österreich weit verbreitete Silo-Denken, vor allem im Gesundheitsbereich, als großes Problem: **„Pharmaunternehmen sind als Wirtschaftsakteure willkommen und werden umworben, aber zugleich hat man das Gefühl, dass die Medikamente eigentlich nichts kosten dürften, um es überspitzt zu formulieren. Aber unsere Produkte haben einen Wert!“** Wittmann wünscht sich daher in Österreich eine integrierte Standortpolitik, durch die gut ausgebildete Leute angelockt und eine gute Infrastruktur gefördert werden. Das Optimierungsziel sieht er in einer Kostenreduktion, auch bei niedrigpreisigen Produkten, sowie in einer Unabhängigkeit von Lieferketten. „Nur dann bleibt eine gute Versorgung der Bevölkerung weiterhin gewährleistet“, betont Wittmann. Daher fordert er alle Player auf, sich an einen Tisch zu setzen, um eine gemeinsame Lösung zu finden, denn jede Entscheidung habe Konsequenzen für andere Bereiche. (NGS)



Foto: Adobe Stock

WETTBEWERBS- VORTEILE SCHAFFEN BZW. ERHALTEN

Auch auf Seiten der Politik ist man sich durchaus bewusst, dass es Handlungsbedarf gibt, um den Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken.

Florian Frauscher, Sektionschef im Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, betont, dass Österreich grundsätzlich ein attraktiver Wirtschaftsstandort sei, auch für die Pharma- und Life Sciences-Branche. „Aber wir müssen natürlich ständig daran arbeiten, dass die Rahmenbedingungen attraktiv bleiben – nicht zuletzt in der derzeitigen Situation mit hohen Energiepreisen und dem herrschenden Fachkräftemangel“, räumt er ein. Die Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte, die mit 1. Oktober 2022 in Kraft getreten ist und die dazu

Foto: BMAW, Martina Sieberhandl



„Wir brauchen wettbewerbsfähige Preise für Medikamente, um innovative Therapien für Patientinnen und Patienten zu sichern. Auch dies ist ein wichtiges Thema für eine integrierte Standortpolitik.“

Florian Frauscher, Sektionschef der Sektion IV - Wirtschaftsstandort, Innovation und Internationalisierung im Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft

beitragen soll, Fachkräfte aus Drittländern vereinfacht nach Österreich holen zu können, betrachtet er als Schritt in die richtige Richtung. Auch Frauscher befürwortet den Ansatz einer integrierten Standortpolitik: „Ein Standort muss immer als Ganzes betrachtet und die Rahmenbedingungen müssen gesamtheitlich entwickelt werden. Daher ist Standortpolitik ein wesentliches Thema, das verschiedene Ministerien, Behörden etc. betrifft.“ Das Ziel ist für ihn klar: „Wir müssen mit den entsprechenden Rahmenbedingungen dazu beitragen, dass Produktion sowie Forschung und Entwicklung in Österreich bleiben und es weiterhin gute Möglichkeiten für Forschung inklusive klinischer Studien gibt. Bei diesen Punkten gibt es aktuell in Österreich auf behördlicher Seite durchaus Verbesserungsbedarf.“ Frauscher ist davon überzeugt, dass es weiterhin eine sehr enge Abstimmung der Ministerien brauche und auch ein Austausch mit anderen Stakeholdern, z. B. des Gesundheitswesens, hilfreich wäre. Dabei sollten sowohl Gespräche mit der Pharmaindustrie als auch mit Patientenvertretungen geführt werden, betont Frauscher.

Gesamteuropäische Strategie erforderlich

„Österreich sollte vor allem in jenen Bereichen wirtschaftliches Engagement aufbringen, in denen unsere Stärken liegen und wo wir schon in der Vergangenheit erfolgreich waren. Das ist aus Sicht der Public Health-Perspektive relevant. Diese Wettbewerbsvorteile, etwa die Exzellenz bei Forscherinnen und Forschern, gilt es zu erhalten und wenn



„Für einen starken Wirtschaftsstandort Österreich braucht es transparente Regeln und Strukturen sowie das wechselseitige Commitment zwischen den beteiligten Akteuren Staat, Forschung und Industrie.“

Herwig Ostermann, Geschäftsführer der Gesundheit Österreich GmbH (GÖG)

möglich auszubauen“, ist Herwig Ostermann, Geschäftsführer der Gesundheit Österreich GmbH, überzeugt. Er gibt zudem zu bedenken, dass Österreich in einem europäischen und starken internationalen Umfeld agiere, daher geht es seiner Meinung nach auch um Diversifikation: „Gerade angesichts der COVID-19-Pandemie haben wir gesehen, dass zu starke Abhängigkeiten von einem Produzenten oder einzelnen Lieferkanälen zu großen Schwierigkeiten führen können. Daher halte ich die derzeitigen Bemühungen in Richtung einer gemeinsamen gesamteuropäischen strategischen Bevorratung für sehr sinnvoll“, so Ostermann. In diesem Sinne plädiert er ebenfalls für eine integrierte Standortpolitik. Dazu gehört es für ihn, die Grundlagenforschung zu stärken und das gute Innovationsystem zu erhalten. Dies wiederum kann seiner Ansicht



Foto: Interfoto

„Oft fehlt eine Gesamtschau aller relevanten Standortfaktoren und damit umfassende Handlungsempfehlungen. Daher braucht es einen Mix von aufeinander abgestimmten Maßnahmen, deren Wechselwirkungen zu beachten sind.“

Claudia Huber, Leiterin der Abteilung für Wirtschaftspolitik der Wirtschaftskammer Österreich

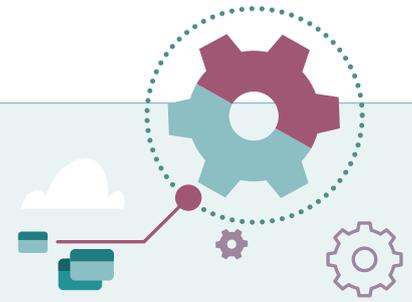
nach nur gelingen, wenn die beteiligten Akteure – Staat, Forschung und Industrie – im ständigen Dialog bleiben. „Ausgehend von unseren Stärken geht es darum, die Aktivitäten dorthin zu lenken, wo wir den größten Nutzen für die Gesundheit der Bevölkerung erwarten bzw. in jene Felder, die eine hohe Relevanz haben, aber nicht immer die größte Aufmerksamkeit der Forschungsbestrebungen genießen. Hier hat uns die Pandemie sicher ein Stück weit die Augen geöffnet. Anstrengungen in der Forschung und der Standortpolitik haben immer eine Wirkung. Die investierte Energie ist nicht verloren, auch wenn manche Ergebnisse nicht immer unmittelbar zu sehen sind“, betont Ostermann.

Innovations-Ökosysteme gründen

Auch in der Wirtschaftskammer Österreich ist man der Meinung, dass eine integrierte Standortpolitik Vorteile bringt, denn als kleine, offene Volkswirtschaft ist Österreich stark in globale Wertschöpfungsketten integriert. Wesentlich für die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstumspotenzial der Wirtschaft sind Investitionen. Um zu höheren Investitionen zu motivieren, bedarf es besserer Planbarkeit und bestmöglicher Rahmenbedingungen für Unternehmen. „Oft fehlen eine Gesamtschau aller relevanten Standortfaktoren und damit umfassende Handlungsempfehlungen. Dies muss durch einen Mix von aufeinander abgestimmten Maßnahmen erreicht werden, deren Wechselwirkungen auch zu beachten sind“, erklärt Claudia Huber, Leiterin der Abteilung für Wirtschaftspolitik der Wirtschaftskammer Österreich. Dringende Themen, die es anzugehen gilt, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Österreichs zu erhalten, sind laut Huber eine Absenkung der Energiekosten, ein Abbau der übermäßigen Regulierungsdichte, eine bessere Verfügbarkeit von geeigneten Arbeitskräften sowie der Ausbau der technologischen Infrastruktur und der erneuerbaren Energien. „Österreich genießt einen hervorragenden Ruf im Bereich der Grundlagenforschung, der Schritt hin zur Patentanmeldung und serienmäßigen Fertigung von Produkten erfolgt jedoch oft zögerlich. Diese Lücke kann durch Zusammenführung der Forschungslandschaft mit den wirtschaftlichen Clustern über sogenannte Innovations-Ökosysteme geschlossen werden“, betont Huber. (NGS)

BLICK ÜBER DEN SILO-RAND

Integrierte Standortpolitik ist keine Utopie – andere Länder haben es vorgemacht. Das Ziel war immer: Den Standort für eine wichtige Branche und im Interesse der Patientinnen und Patienten zukunftsfähig machen.



Zerschmettert die Silos! Die kämpferische Ansage, mit der die PHARMIG im Denkerdorf Alpbach auf die Schwächen der österreichischen Standortpolitik aufmerksam gemacht hat, ist kein Ruf nach der Abrissbirne. Was aufgebrochen werden soll, sind nicht die Silos als solche – sprich: ministerielle Zuständigkeiten. Sondern das silo-artige Denken, das stattdessen über den Silorand von Ressorts dem Industriestandort insgesamt verpflichtet sein soll.

Die Forderung ist so vernünftig, dass man ihr allenthalben Rosen streut. Aber in der Politik ist Rosenduft keine Währung. Es zählt, was im nächsten Budget verankert wird, was per Mehrheitsbeschluss umgesetzt wird. Kann eine integrierte Standortpolitik im politischen Alltag überhaupt gelingen?

Drei europäische Länder haben sich in den letzten Jahren daran gemacht, ihre Attraktivität als Standort für Forschung, für Produktion und für modernste Patientenversorgung energisch zu steigern. Alle standen unter dem Eindruck, dass sie ihre führende Rolle eingebüßt hätten.

Leistung: Ungenügend

Zuerst Deutschland. Dort wurde im Koalitionsvertrag ein „ressortübergreifender Dialog unter Beteiligung von Wissenschaft und Arzneimittelherstellern“ vereinbart. Das war 2013 und die pharmazeutische Industrie war optimistisch: Wann verordnet sich eine Regierung schon die pharmapolitische Hausaufgabe, „den Standort für Forschung und Produktion zu stärken“? Beteiligt waren die Ministerien für Gesundheit, Wirtschaft und Forschung – integrierter geht kaum. Vier Dialogsitzungen und zwei Jahre später hatte die Branche dann einen offiziellen Bericht mit Absichtserklärungen – und einen Gesetzesentwurf für Erstattung innovativer Medikamente, in dem sie nichts von dem wiederfand, was man besprochen hatte. Dr. Patrick Horber, damals Chef von AbbVie Deutschland, meinte nach der Lektüre: „Ich sehe da mehr neue Innovationshürden als Förderungsinstrumente“. Geblieben ist das eine oder andere Verbesserungsprojekt, aber kein Schub für den Standort. Diesen Sommer titelte der deutsche Pharmaverband vfa in einer Aussendung: „Bundesregierung dreht Innovationen den Hahn zu“.

Wie man so ein Großprojekt angehen kann, zeigen die Franzosen: Präsident Macron hat nicht weniger vor, als Frankreich bis 2030 zum führenden Gesundheits-Standort zu machen. Den Anstoß gab die Corona-Krise, die die Abhängigkeit von im Ausland entwickelten und produzierten Medikamenten und Impfstoffen ins Bewusstsein rückte.

„Das Silo bin ich“

Im Juni hat Macron seinen Plan konkretisiert: Frankreich soll führend werden bei Biopharmazeutika, digitaler Gesundheit, im Kampf gegen neue Infektionskrankheiten und in der Medizintechnik. Dafür nimmt der Präsident – Motto: „Das Silo bin ich“ – richtig Geld in die Hand: Siebeneinhalb Milliarden Euro sollen investiert werden – in modernste Forschungseinrichtungen etwa, aber auch in die wenig schlagzeilentaugliche Modernisierung der klinischen Forschung.

Macron macht auch klar, dass der Arzneimittelmarkt wachsen und die Erstattung für Medikamente überarbeitet werden müssen. Konkret hat er ein Wachstumsziel von 2,4 Prozent vorgegeben.

Drittes Beispiel: die Schweiz. Sie gilt als Hochburg der Pharmaindustrie, aber die Branche hatte um die Jahrtausendwende ihre Probleme und der Industriestandort insgesamt, nicht allein die Pharmabranche, ist zurückgefallen. Ohne den Pomp eines Macron, dafür mit Schweizer Gründlichkeit, haben sich die Eidgenossen 2013 auf einen „Masterplan zur Stärkung der biomedizinischen Forschung und Technologie“ geeinigt. 23 Maßnahmen, von besseren Gesundheitsdaten über Versorgungsforschung und optimierte Forschungsförderung bis zum Kampf gegen Arzneimittelfälschungen und einen Maßnahmenplan für seltene Erkrankungen.

Standort Schweiz - Runderneuerung nach Plan

Nicht alle Ziele wurden erreicht – aber das wurde transparent dargestellt. Vor allem: Der integrierte Ansatz wird fortgesetzt: Im Juni hat der Bundesrat, so heißt die Bundesregierung im Nachbarstaat, den Nachfolge-Plan bis 2026 verabschiedet. Weiterhin beteiligt sind die Ressorts Gesundheit, Inneres, Justiz, Forschung und Wirtschaft, dazu Zulassungsbehörde und Patentamt.

Dass die Schweiz ihren Biopharma-Standort grundüberholt, bedeutet nicht, dass dort das pharmapolitische Paradies ausgebrochen wäre: die Interpharma, als Sprachrohr der Branche, klagte erst im August über anhaltenden Preisdruck bei inflationär steigenden Kosten. Aber der Verband sagt auch: „Die gegenwärtigen Herausforderungen kann kein Akteur im Alleingang meistern – es braucht eine gemeinsame Strategie sämtlicher Anspruchsgruppen“.

Integration schärft Blick für Nutzen

Von einer fitteren Life Sciences-Industrie kann ein Land nur gewinnen. Sie ist eine Zukunftsbranche, die hochqualifizierte Mitarbeiter:innen beschäftigt: Das macht ein Land innovativer und wirkt als Puffer vor Konjunkturschwankungen. Eine stärkere Pharmaindustrie macht den Standort nicht zuletzt weiblicher: sie beschäftigt fast 50 Prozent Frauen.

Ein ressortübergreifender Standort-Stärkungsansatz würde auch einen klaren Blick auf den ökonomischen Nutzen von Arznei-Innovationen ermöglichen. Seit Jahren zeigen Beispiele und Studien, dass Medikamente nachhaltige Einsparungen ermöglichen. Wenn Menschen durch moderne Arzneimittel nach einer Krankheit früher in den Beruf zurückkehren oder wenn im Krankenhaus weniger Operationen nötig werden, ist das ein klarer volkswirtschaftlicher Nutzen – von dem die Krankenkassen jedoch wenig in ihren Büchern wiederfinden.

Wer jedoch nur in seinem Silo auf die Ausgaben fixiert bleibt, ignoriert sogar direkte Einsparungen: Holländische Forscher:innen haben an drei Krankheiten gezeigt, dass innovative Medikamente die Behandlung von Patientinnen und Patienten dramatisch vereinfacht haben. Jede einzelne Innovation hat einen Betreuungsaufwand eingespart, der 700 zusätzliche Ärztinnen und Ärzte erfordert hätte.

Andere machen vor, dass eine integrierte Standortpolitik machbar ist. Profitieren würden alle. (FB)

Talent-Dürre

Nach Jahren des Aufbaus wird es für pharmazeutische Unternehmen immer schwieriger, ausreichend Fachkräfte zu finden. Vor dem Problem stehen auch andere Branchen in ganz Europa.



Wie hat sich die Stimmung gewandelt: Vor einigen Jahren wurde der Life Sciences-Standort Österreich in Befragungen noch hoch gelobt, allen voran sein Pool an hochqualifizierten Mitarbeitenden. Heute ist die Branche kaum noch von anderen Sektoren der Wirtschaft zu unterscheiden – „Fachkräftemangel“ ist Dauerthema bei Fachkongressen und Pressekonferenzen.

Dahinter steht eigentlich eine Erfolgsgeschichte, die ihresgleichen sucht: Zwischen 2010 und 2020 hat die pharmazeutische Industrie ganz unbeeindruckt von Finanz- und anderen Krisen kräftig in Österreich die Produktion und Forschungszentren ausgebaut oder gleich ganz neu angesiedelt. Die Zahl der Beschäftigten stieg um fast 50 Prozent, von 11.000 auf 17.000.

Weitere Expansionen sind am Laufen oder in Planung. Dazu braucht die Branche genügend Mitarbeiter:innen mit den passenden Qualifikationen. „Ein Fachkräftemangel“, warnt Sylvia Hofinger, Geschäftsführerin des Fachverbands der Chemischen Industrie (FCIO) der Wirtschaftskammer, „bedroht Investitionen in den Neu- und Ausbau von Industriestandorten“.

Die Nachfrage der Unternehmen ist anhaltend kräftig: Takeda, einer der größten Pharma-Arbeitgeber in Österreich, hat aktuell 100 offene Positionen ausgeschrieben. Und Novartis, ebenfalls unter den pharmazeutischen

Schergewichten im Land, hat aufgrund anstehender Investitionen sogar 500 Stellen zu besetzen.

Spitzen-Benotung

Die gute Nachricht: Unternehmen und Branchenvertretungen handeln, damit die Betriebe auch künftig auf allen Ebenen die notwendigen Fachkräfte finden. Takeda etwa bildet selbst Lehrlinge aus. Dort und in vielen anderen Firmen sind – seit Jahren – Initiativen im Gange, um die Attraktivität als Arbeitgebende maximal zu steigern. Personalverantwortliche und ihre Kollegenschaft im Management können sich über Spitzenplatzierungen und Auszeichnungen als angesehenen Arbeitgeber freuen. Und die Mitarbeiter:innen auch, denn von ihnen stammen die positiven Bewertungen.

Ganz konkret auf die Anforderungen produzierender Pharmaunternehmen reagiert hat eine Task Force des Branchenverbands PHARMIG: Sie hat eine spezielle Zusatzausbildung für branchenfremde technische Fachkräfte entwickelt, damit diese auch in den streng regulierten, oft an Sicherheitslabors erinnernden Anlagen von pharmazeutischen Firmen arbeiten können. Das Konzept wurde gemeinsam mit dem FH Campus Wien entwickelt. 2021 haben die ersten Kurse für „Pharma GMP-Specialists“ begonnen, berichtet Eva Waldmann, die das Programm seitens der PHARMIG ACADEMY betreut. Um die besonderen Anforderun-

gen der Branche, die auch in Vertrieb und Marketing strengen Vorschriften unterliegt, optimal in Ausbildungsgänge umsetzen zu können, ist die PHARMIG ACADEMY vermehrt dazu übergegangen, diese selbst anzubieten. Man kennt schließlich die Anforderungen der Mitgliedsfirmen aus erster Hand. So werden beispielsweise Fachleute für „Market Access“ ausgebildet oder für Digital Pharma-Marketing. Erstmals bildet die PHARMIG ACADEMY gemeinsam mit 13 Unternehmen aus der Industrie, Pharmareferentinnen und -referenten auch selbst aus. Als wichtiges Bindeglied zwischen Ärztinnen und Ärzten und pharmazeutischen Unternehmen, bietet diese Position interessante Entwicklungsperspektiven.

Auch in anderen Ländern wird die Frage nach dem künftigen Arbeitskräfteangebot für die pharmazeutische Industrie drängender. Die Schweiz hat als Nicht-EU-Mitglied ihre besonderen Probleme. Nicht nur die Pharmaindustrie, aber sie ganz besonders, rekrutiert ihre Belegschaften nur zum Teil aus der Schweiz selbst. Sie ist schon heute existenziell auf Offenheit zum EU Arbeitsmarkt angewiesen.

Pegelstand niedrig, keine Erholung in Sicht

So ausgetrocknet wie der Rhein zeigt sich der Arbeitsmarkt für die deutsche Pharmaindustrie. Während aber dem Fluss herbstliche Starkregen helfen könnten, enthält das Bild, das die



Foto: Adobe Stock

Forscher vom Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in diesem Sommer von der Lage der Pharmaindustrie entworfen, in Sachen Arbeitsmarkt nichts Erfrischendes. 160.000 Mitarbeitende beschäftigt die Branche, konzentriert in mehreren Pharma-Clustern, beispielsweise an der Rhein-Schiene, in Berlin und Umgebung oder im Raum München und Oberbayern. In Bayern etwa kann jede vierte Forschungsstelle derzeit nicht „adäquat“ besetzt werden. Heißt: es stehen am regionalen Arbeitsmarkt keine entsprechend qualifizierten Kräfte zur Verfügung. Im Produktionsbereich betrifft das sogar ein Drittel der offenen Stellen. Damit ist dieser Cluster noch schlechter dran als die übrigen deutschen Pharma-Standorte. Besser ist Pharma-Bayern nur bei der Rekrutierung von IT-Fachkräften, aber selbst dieser Befund ist verheerend: Nur für 42 Prozent der Stellen findet sich ein passendes Match am Arbeitsmarkt. Was Fachkräfte für pharmazeutische Firmen angeht, ist Bayern noch leerer geräumt als Deutschland insgesamt.

Kurzfristig den Schmerz lindern

Richtig gute Ideen, was Arzneimittelhersteller tun könnten, um diese Talent-Dürre zu überstehen, hatten die deutschen Wirtschaftsforscher:innen keine. Als „Handlungsoptionen“ nannten sie mehr Rekrutierung im Ausland und das Stärken der MINT-Fächer in Schulen. Irgendwo hat man das so ähnlich schon gelesen. Firmen könnten auch „regionale Mismatches beseitigen“, weil Produktion, Forschung, Logistik oder IT von Cluster zu Cluster doch etwas unterschiedlich unter dem Fachkräftemangel leiden. Kurzfristig kann das dem Schmerz die Spitzen nehmen, am fundamentalen Mangel ändert das wenig.

Leergefegt sind auch die Arbeitsmärkte östlich von Österreich: Massiven Fachkräftemangel hat die Deutsch-Slowakische Industrie und Handelskammer in einer Umfrage vor Ort schon vor 5 Jahren zurückgemeldet bekommen. Und auch nicht wirklich brandneu ist die Nachricht aus Un-

garn, dass dort die Nachfrage nach Fachkräften steigt, ihre Zahl aber nicht, und dass folglich die Löhne kontinuierlich steigen – so eine Erhebung von Kienbaum Austria mit der Deutsch-Ungarischen IHK aus dem Jahr 2019. Das Bild ist EU-weit düster: Von Finnland bis Portugal – die Arbeitsmärkte geben nichts mehr her.

Locksignale an andere Branchen

Umso wichtiger, dass Firmen dort handeln, wo sie sich im erbarmungsloser werdenden Wettbewerb möglichst gut positionieren können, auch gegenüber potenziellen Bewerber:innen aus pharmafremden Branchen. Es lohnt sich aber, im allgemeinen Schrumpfkurs die Details anzuschauen.

Zuerst die gute Nachricht: Es bleibt am Arbeitsmarkt noch zwei, drei Jahre so desaströs wie im Augenblick. Die schlechte: Danach geht es bergab. Sagt eine Studie des WIFO zur künftigen Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung in Österreich. Die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter insgesamt, also zwischen 15 und 64 Jahren, wird nach 2025 kontinuierlich schrumpfen.

Gegenläufige Kohorten

Zerlegt in kleinere Alterskohorten zeigen sich aber gegenläufige Trends, die für Rekrutierende und die künftige Personalstruktur von Firmen massive Auswirkungen haben können. Die Belegschaften werden zwar massiv älter: Die Kohorte der 55- bis 64-jährigen wird noch einige Jahre um insgesamt 10 Prozent zulegen, sozusagen der Abschied der Baby-Boomer vom Arbeitsmarkt. Die altersmäßig direkt nachfolgende Kohorte (45-54 Jahre) wird jedoch im gleichen Maß zusammenschrumpfen.

Bergab geht's auch mit den „Fastnoch-Jungen“ zwischen 25 und 34 Jahren – zwar nicht rasant, aber langfristig: Erst in zehn bis zwölf Jahren wird sich diese Gruppe auf niedrigem Niveau wieder einpendeln. Allzuviel ist in diesem Alterssegment am Arbeitsmarkt also nicht zu erwarten, jedenfalls nicht mengenmäßig. Wer mit langem Horizont plant, sollte auf die jetzt 15- bis 24-Jährigen setzen: Sie werden einige Jahre lang zahlenmäßig abnehmen, aber in den 2030er Jahren wieder wachsen. (FB)



Foto: Lukas Lorenz

„Bei dem Begriff pharmazeutische Industrie denken viele ausschließlich an Jobs aus dem Bereich Medizin und Pharmazie, und doch sind es vor allem Talente mit technischen Ausbildungen, nach denen wir momentan suchen. Takeda in Österreich ist bestrebt, Innovation nicht nur auf Ebene der Therapien, sondern auch bei Produktionsprozessen und -technologien voranzutreiben. IT, Data Science, Digitalisierung, Automatisierung und künstliche Intelligenz sind dabei wichtige Tools. Durch deren Einsatz wird die Herstellungsdauer von Arzneimitteln optimiert, ohne Kompromisse bei Wirksamkeit und Sicherheit der Arzneimittel zu machen.“

Alexandra Hilgers, Human Resources Sr. Director und Vorstandsmitglied bei Takeda in Österreich



Foto: Novartis

„Wir haben aktuell einen erhöhten Bedarf in den Bereichen Produktion, technische Berufe wie Mechatronik, Elektrik oder Ingenieurwesen sowie Prozessexperten und Labor. Während gehobene Management-Positionen zunehmend auch über die Landesgrenzen hinweg rekrutiert werden, liegt der Fokus bei Produktionsmitarbeitenden im regionalen Bereich.“

Lydia Sedlmayr, Leitung People & Organization bei Novartis Österreich

Mehr Perspektiven, weniger Ping-Pong

Die Finanzmauern zwischen Krankenhaus und niedergelassener Praxis sollen endlich durchlässiger werden. Der Blick auf das Ganze ist auch bei der Nutzenbewertung von innovativen Therapien der richtige Ansatz.

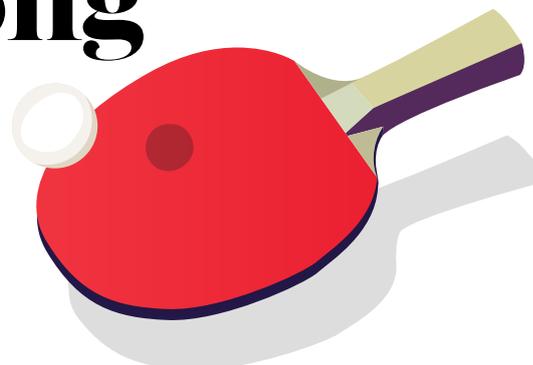


Foto: Adobe Stock

Not macht erfinderisch – und harmonisch. Zuerst zur Harmonie: Bei ihrer letzten Konferenz waren die neun Gesundheitsreferentinnen und -referenten der Länder einer Meinung – für ihre Krankenhäuser wollen sie von der Sozialversicherung mehr Geld. Diese trägt die Behandlung bei niedergelassenen Praxen. Die Länder sind für die Krankenhäuser zuständig, erhalten dafür aber von der Sozialversicherung (SV) einen pauschalen Zuschuss. Der orientiert sich aber am Beitragsaufkommen der SV und wird regelmäßig „valorisiert“. Gleichzeitig aber steigen die Kosten viel schneller, so die Gesundheitsreferentinnen und -referenten. „Wir werden ganz klar verhandeln, dass es eine andere Valorisierung geben muss“, sagte der Salzburger Gesundheitslandesrat Christian Stöckl nach der Konferenz. Die Grundstruktur des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern stamme noch aus dem Jahr 1996 und sei veraltet, erinnerte Stöckl.

Soweit sind die Forderungen harmonisch, aber konventionell. Die Landes-Gesundheitspolitiker:innen, die sich in Wien beim Dachverband der Sozialversicherungsträger getroffen hatten, wollen jedoch nicht nur an einem Schräbchen drehen. Sie wollen den ganzen Mechanismus erneuern. Es brauche „eine komplett neue Strukturierung in der Finanzierung unseres Gesundheitswesens“, so Stöckl. Sein Wiener Kollege Peter Hacker verdeutlicht: „Wir wollen eine andere Aufgabenteilung im Dreieck Bund-Länder-Sozialversicherung“.

Das ist als Forderung nicht unbedingt originell. Dennoch wäre es – wenn es gesundheitspolitische Realität wird – eine Neuerung der Finanzierung im Gesundheitswesen. Eine Innovation, von der vor allem Patientinnen und Patienten profitieren würden: Man wolle Schluss machen mit dem permanenten Hin- und Hergeschiebe zwischen dem Spitalssektor und dem niedergelassenen Bereich, sagte Hacker: „Wir wollen nicht mehr Ping-Pong spielen auf dem Rücken der Österreicherinnen und Österreicher.“ Auch Gesundheitsminister Johannes Rauch bekräftigte: Die Abgrenzung „da ambulant – da stationär“ könne so nicht weiter bestehen.

Dem stimmte auch Ärztekammer-Präsident Johannes Steinhart zu, aber mit Realisierungsvorbehalt: „Die Ankündigung, die Interessen der Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt einer neuen Gesundheitsfinanzierung im Finanzausgleich zu stellen, darf keine leere Worthülse bleiben“. Die Ärzteschaft sei „jederzeit gesprächsbereit“, wenn es etwa um die Entlastung der Spitalsambulanzen gehe. Wenn diese

Leistungen im niedergelassenen Bereich ausgebaut würden, dann werde damit die dringend nötige Entlastung des Spitalssektors möglich. „Es wäre eine Win-win-Situation für alle: Die Spitäler könnten entlastet und die Wartezeiten verkürzt werden“, sagte der Ärztekammerpräsident.

Wenn die sektorale Finanzierung des Gesundheitswesens auf neue Schienen gesetzt wird, wäre das auf jeden Fall ein innovativer Schritt. Damit könnten „Finanzierungsfragen mit einem generalistischen Blick neu gelöst werden“, sieht auch PHARMIG-Generalsekretär Alexander Herzog die einstimmige Forderung der Gesundheitsreferentinnen und -referenten positiv. Wenn schon Bewegung in starre Strukturen komme, dann wäre es nur konsequent, auch den Schritt zu einer ganzheitlichen Bewertung des Nutzens etwa von neuen Medikamenten zu gehen und den Zugang für Patientinnen und Patienten zu innovativen Arzneimitteln sicherzustellen.

Der Blick auf den Nutzen dieser Innovationen sei derzeit alles andere als einheitlich. Nicht einmal im Spitalssektor gibt es eine österreichweit einheitliche und umfassende Nutzenbewertung, und in dieser Hinsicht sei auch im niedergelassenen Bereich Fehlanzeige. „Nach wie vor kann es passieren“, so Herzog, „dass einige Bundesländer die Kosten für innovative Therapien übernehmen, andere aber nicht“. Darunter hätten unter anderem Menschen zu leiden, die an einer seltenen lebensbedrohenden Krankheit leiden.

Mehr Durchlässigkeit zwischen ambulantem und stationärem Bereich sei ohne Zweifel überfällig. Wenn ein Arzt oder eine Ärztin ein Medikament in einem Sektor verordnet, das aufwändige Behandlungen im anderen erspart, dann sei es sowohl wirtschaftlich betrachtet, aber auch im Interesse der betroffenen Patientinnen und Patienten nur sinnvoll, Ausgaben und Einsparungen sektorenübergreifend, also ganzheitlich zu bewerten, sagte Herzog.

Eine wirklich gesamthafte Betrachtung müsse über das Gesundheitswesen hinausblicken: „Innovative Therapien sind Investitionen in die Gesundheit der Bevölkerung und damit zugleich in die wirtschaftliche Kraft der ganzen Gesellschaft“, so der PHARMIG-Generalsekretär. Dazu sollte auch stärker die Perspektive der Betroffenen bei der Bewertung von Nutzen herangezogen werden, ebenso wie die aktuelle Datenlage, die etwa die herstellenden Unternehmen bereithielten. „Ein wirklicher Perspektivenwechsel“, betont Herzog, „würde mehr Klarheit schaffen – sowohl für Patientinnen und Patienten als auch für alle Träger im Gesundheitswesen“. (FB)

Fit für den Forschungs-marathon?



Ina Herzer und Michael Stampfer

Albert Einstein hat sich geirrt. Physiker Anton Zeilinger widerlegte die Quantentheorie des berühmten Wissenschaftlers im Rahmen seiner Forschungsaktivitäten, für die er mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde. Das macht das Innovationspotenzial des Forschungsstandorts wieder sichtbarer in der Welt.

Kondition, Durchhaltevermögen und Mut sind nicht nur im Sport Voraussetzungen, um Spitzenleistungen zu vollbringen, sondern auch bei der Suche nach wissenschaftlicher Erkenntnis. Denn Forschung, egal ob angewandte oder Grundlagenforschung, ist ein Marathon, den viele mangels Ressourcen nicht durchhalten. Und selbst wenn sie es tun, heißt es nicht, dass man am Ende damit erfolgreich über die Ziellinie kommen wird. Das gilt für beide Forschungsfelder, wobei in dem einen die konkrete Anwendbarkeit der Erfindung beabsichtigt wird, während es in der Grundlagenforschung, wie der Name schon sagt, um grundlegende Erkenntnisse geht. Aber genau das ist sehr oft die Basis für Projekte, die in der angewandten Forschung ihre Fortführung finden.

Vertreter:innen beider Richtungen, also beispielsweise öffentliche Forschungseinrichtungen und pharmazeutische Unternehmen, können sich bei der risikoreichen Schaffung von Innovationen ergänzen, etwa durch das Marktwissen, das im privaten Sektor vorhanden ist und das der Grundlagenforschung aufzeigen kann, wo es noch gänzlich unerforschte Bedarfe im Gesundheitssektor gibt.

Möglichkeiten und Barrieren im Fokus

Um zu zeigen, welche Chancen und Hindernisse es am Forschungsstandort Österreich gibt, haben der Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds WWTF und die PHARMIG im Jahr 2020 die Veranstaltungsserie „Innovation Hub Austria“ gegründet. „Im Zuge der fünf Events haben wir thematisiert, was nötig ist, um Innovationen im Gesundheitsbereich voranzubringen, wie etwa eine stringente Aufklärung, welche Vorteile die Nutzung von Gesundheitsdaten bietet oder eine verbesserte Infrastruktur sowie starke Anreize für Forschungsaktivitäten. Wir haben aber auch Barrieren wie die Wissenschaftsskepsis angesprochen, die gerade in Österreich erschreckend hoch ist“, erklärt Ina Herzer, Vizepräsidentin der PHARMIG und Leiterin der Plattform Innovation.

Der überwiegende Teil der Podiumsgäste setzte sich bei diesen Veranstaltungen aus Vertreter:innen von Universitäten, Forschungsinstituten, medizinischen Einrichtungen, Spin-Offs in Österreich und den USA (Harvard University) zusammen.

„Charakteristisch für unser Format ist, dass die Expertinnen und Experten klar ansprechen, wo der Schuh drückt und was man dagegen tun könnte. Es dringt durch, dass der Mut für Neues in Österreich da ist, aber leider oftmals von chronischem Geldmangel, veralteten Strukturen und eigenen Logiken einzelner Teilsysteme gebremst wird“, erklärt Michael Stampfer, Geschäftsführer des WWTF.

Talente brauchen Perspektive

Die Veranstaltungsserie hat gezeigt: Um als Forschungsstandort international wettbewerbsfähig bleiben zu können, fehlt am Standort eine langfristige Absicherung mit klaren und verbindlichen Förderrichtlinien. Angewandte Forschung durch Unternehmen wird in Österreich zwar mit einer Prämie in Höhe von 14 Prozent der Forschungsaufwendungen gefördert, die Förderung von z. B. globalen klinischen Prüfungen bleibt davon aber ausgenommen.

Laut Herzer und Stampfer entgehe Österreich wertvolles Know-how. Das zeigt sich auch an der mangelnden langfristigen Perspektive für gute junge Forscher:innen, in die schon sehr viel Geld investiert wurde, die aber in einer produktiven Phase ihrer Karriere nicht in Österreich gehalten werden können. Auch deshalb bietet der WWTF vielversprechenden Talenten seit mehr als 10 Jahren über das „Vienna Research Groups of Young Investigators“-Programm die Möglichkeit, nach Wien zu kommen.

Als Chance sehen Herzer und Stampfer die zunehmenden Kollaborationen der pharmazeutischen Industrie mit Life Science Unternehmen, universitären Spin-offs oder anderen pharmazeutischen Unternehmen. Die Zusammenarbeit trägt dazu bei, die Expertise Forschungsstandort Österreich zu stärken.

Weitere Impulse, die dem Forschungsstandort helfen können, fließen bis 2023 in ein eigenes Roadmap-Paper. „Forschung ist dynamisch, interaktiv und muss am Puls der Zeit sein, aber nicht übermorgen, sondern heute. Wenn wir etwas verbessern, dann, damit wir uns in einer Dynamik bewegen können, die den Anforderungen in den Life Sciences gerecht wird. So wird Österreich auch wieder sichtbarer in der Forschungswelt“, sind sich Herzer und Stampfer einig. (SP)

Der Weg zur CO₂-Freiheit der Pharmabranche

Das langfristige Ziel des Branchenprojekts „DekarbPharm“ ist die 100%ige CO₂-Neutralität der österreichischen Pharmabranche. Das zukunftsweisende Projekt wurde gerade gestartet.

Text: Nicole Gerfertz-Schiefer

Schon seit einigen Jahren bemühen sich viele pharmazeutische Unternehmen um eine Reduktion ihres CO₂-Ausstoßes. Doch nicht nur die immer deutlicher sichtbar werdende Klimakrise, sondern auch die steigenden Energiepreise führen vor Augen, dass eigentlich die absolute CO₂-Freiheit das Ziel sein muss. Das Branchenprojekt „DekarbPharm“ setzt genau hier an und erarbeitet konkrete Umsetzungsmöglichkeiten für eine Dekarbonisierung der Pharmabranche in Österreich im Sinne einer 100%igen CO₂-Neutralität. Doch wie kann in Zukunft die Wärme-, Kälte- und Stromversorgung eines Pharmaunternehmens CO₂-frei erfolgen? Diese Frage soll das Projekt „DekarbPharm“ beantworten.

Das Projekt: Dekarbonisierung der Pharmabranche

Eingereicht wurde das Projekt, das von Juli 2022 bis Juni 2024 laufen wird, von der PHARMIG als Branchenverband. Als Industriepartner sind Takeda (mit den Produktionsstandorten Wien und Orth), Pfizer (Orth), Boehringer-Ingelheim (Wien) und Novartis/Sandoz (mit dem Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsstandort Kundl/Schaftenau) beteiligt. Durchgeführt wird das Projekt vom Austrian Institute of Technology (AIT). Dieses unterstützt die Unternehmen bei der Identifikation von Maßnahmen, Planung und Umsetzung der CO₂-Freiheit. Finanziert wird das Projekt durch eine Förderung der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) sowie durch Bar- und Eigenleistungen der Partner.

Entwicklung eines Leitfadens für die Branche

„Ziel des Projekts ist es, Technologien, Infrastrukturen und Rahmenbedingungen zu identifizieren, wie die Pharmaindustrie in Österreich so kostengünstig wie möglich CO₂-neutral werden kann“, erklärt Gerwin Drexler-Schmid, der Projektkoordinator bei AIT. Denn schlussendlich soll das Projekt der gesamten Branche zugutekommen: „Aus der Standortanalyse der beteiligten Pharmaunternehmen werden nicht nur

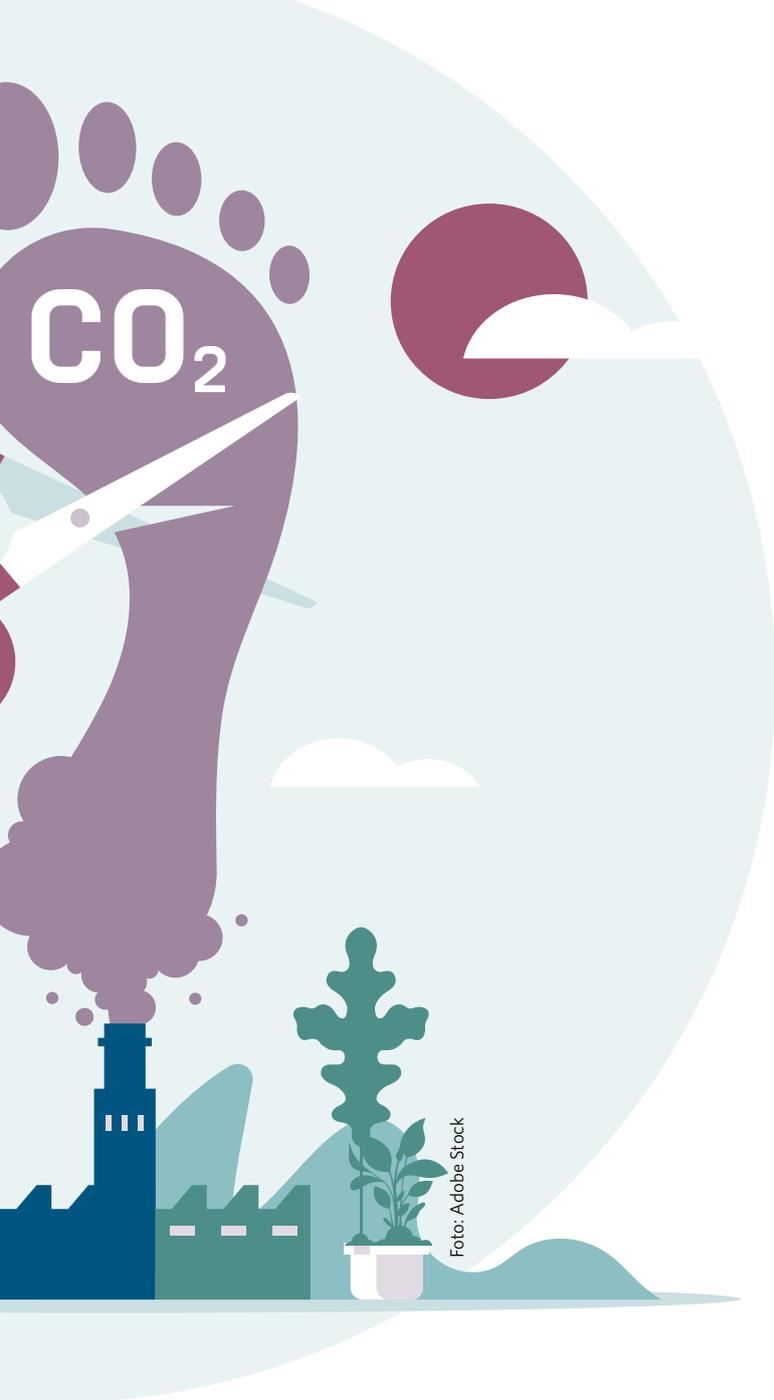


Foto: AIT Krischanz

„Es ist immer eine Kombination verschiedener Technologien erforderlich, um CO₂-Freiheit zu erreichen. Dabei darf man nie aus den Augen verlieren, dass immer wieder neue Technologien dazu kommen, die man mitbedenken sollte.“

Gerwin Drexler-Schmid, Projektkoordinator „DekarbPharm“ beim Austrian Institute of Technology (AIT)





individuelle Fahrpläne für diese Standorte entwickelt, sondern es wird ein Dekarbonisierungsleitfaden für die gesamte Pharmabranche erstellt. Dieser wird in Form eines Kalkulationswerkzeuges verfügbar sein, mit dem jedes Pharmaunternehmen berechnen kann, welche Maßnahmen in seinem Fall sinnvoll sind, um CO₂-neutral zu werden. Das heißt jedes Unternehmen gibt seine eigenen Parameter ein und erhält dann individuelle Empfehlungen“, erläutert Drexler-Schmid. Dieses Kalkulationswerkzeug soll am Ende des Projekts, d. h. ab Mitte 2024, zur Verfügung stehen.

Bestandsanalyse als erster Schritt

Derzeit befindet sich das Projekt in der ersten Phase, nämlich in der Bestandsanalyse der teilnehmenden Produktionsstandorte. Derzeit werden folgende Aspekte erhoben: Welcher Bedarf muss gedeckt werden? Welche weiteren Anlagen sind sinnvoll und möglich? Wie erfolgt die Energieversorgung und wo kann Energiebedarf reduziert werden? Wie sind die Betriebsverläufe (Sommer und Winter)? „Aus dieser Analyse

werden dann standortspezifische Strategien erstellt, welche kostengünstigsten Technologien zur Energieerzeugung und -umwandlung eingesetzt werden können und ob sich dadurch neue Infrastrukturanforderungen ergeben. Dabei ist es uns auch wichtig, Sackgassen zu ermitteln, denn nicht alle Maßnahmen, die zur CO₂-Reduktion beitragen, führen letztendlich zur CO₂-Freiheit. Am Ende erhalten die Unternehmen einen Fahrplan, wie sie mit dem geringsten finanziellen Aufwand CO₂-neutral werden können. Dieser kann zum Beispiel auch als Basis für die Einreichung beim EU Innovation Fund im Rahmen des Green Deal dienen“, erläutert Drexler-Schmid.

Herausforderungen der Branche

„Aktuell ist die große Frage, die uns alle beschäftigt, wo Energie in Zukunft herkommen kann/soll, sprich, was wir als Ersatz für Erdgas verwenden können. Denn fest steht: Wenn die Pharmaindustrie CO₂-neutral werden will, erhöht dies den Strombedarf. Dieser wird generell aufgrund der zunehmenden Elektrifizierung verschiedener Anwendungen, wie Elektromobilität, Wärmepumpen, aber auch industrielle Elektrifizierung, weiter steigen. Dies erfordert eine Vielzahl lokaler und dezentraler PV- oder Windkraft-Anlagen sowie den massiven Ausbau der Stromnetze. Auf Ebene der Betriebe bedeutet dies, dass Maßnahmen identifiziert werden müssen, wie erneuerbare Energien, lokal produziert oder aus dem Netz, eingebunden werden können und wie die Energieeffizienz der Standorte gesteigert werden kann. Diese Aspekte zeigen bereits, dass es immer individuelle Lösungen braucht“, so Drexler-Schmid. Er empfiehlt allen Unternehmen, sich ihre individuellen Energieströme genau anzuschauen: „Gerade bei der Abwärmenutzung verpufft derzeit oftmals viel Energie. Das Ziel muss es sein, Abwärme wieder in den Prozess zurückzuführen. Prozesswärme nur zum Heizen zu nutzen, ist dabei zu wenig, denn geheizt wird meistens nur im Winter ...“

DIE TEILNEHMENDEN PRODUKTIONSSTÄTTEN

Pfizer Manufacturing Austria GmbH in Orth an der Donau: Produktion von Impfstoffen gegen die durch Meningokokken C verursachte Meningitis (MenC) und gegen Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME)

Takeda Manufacturing Austria AG

Fokus auf plasmabasierte Arzneimittel, Biologika und Medizinprodukte in Wien, Fokus auf Biologika und Gentherapieprodukte in Orth an der Donau.

Novartis/Sandoz GmbH in Kundl/Schaftenau:

Fokus auf biotechnologisch hergestellte Arzneimittel – von der Forschung und Entwicklung bis zur Produktion

Boehringer Ingelheim RCV GmbH & Co KG

in Wien: Fokus auf Sterilproduktion, biotechnologische Produkte und Wirkstoffherstellung

Arzneimittel- entwicklung kinderleicht erklärt



Foto: PHARMIG

„Ich fand’s faszinierend!“ – so fasste ein Teilnehmer seine Eindrücke vom PHARMIG-Mitmachstand am Wiener Forschungsfest zusammen. Gemeinsam mit 15 Mitgliedsunternehmen, dem Kinderbüro der UniWien und 450 Teilnehmer:innen machte die PHARMIG erlebbar wie man feststellen kann, ob ein Medikament sicher und wirksam ist.

Spätestens mit der Coronavirus-Pandemie hat sich gezeigt, dass Wissenschaft und Forschung eine erhebliche Rolle auch im Alltag und für die gesamte Gesellschaft spielen. Während aber einerseits eine oft unreflektierte Gläubigkeit insbesondere den Segnungen der Technik gegenüber herrscht – wer hinterfragt schon die Funktionen eines Smartphones – boomten in dieser Zeit pseudowissenschaftliche und esoterische Erklärungsmuster, gerade was die medizinische Wissenschaft betrifft.

Wir alle sind Patientinnen und Patienten

Nun kann man aber doch davon ausgehen, dass jeder Mensch im Laufe seines Lebens einmal krank wird und auf wissenschaftlich erforschte und geprüfte Therapien angewiesen ist. Und diese sollen wirken und sicher sein – was die zentralen Elemente der klinischen Studien im Zuge der Arzneimittelentwicklung sind. Aber wie stellt man dies fest? Das darzustellen, war Ziel der Mitmach-Station der PHARMIG beim Wiener Forschungsfest, wo es demnach hieß: „Woher weiß ich, dass ein Medikament wirkt?“

Ziemlich nahe an der Wirklichkeit

Wichtig war dabei, die komplexe Forschungsrealität kindgerecht und leicht verständlich abzubilden. Also wurde eine randomisierte und verblindete „Studie“ aufgesetzt. Es galt herauszufinden, ob Getränk A konzentrationsfördernder sei als Getränk B. Dazu sagt Christa Holzhauser, Mitarbeiterin

der PHARMIG und eine der Organisatorinnen der Mitmachstation: „Mit dem Studienspiel konnten wir wesentliche methodische Grundlagen und komplexe Begriffe einer klinischen Studie vermitteln. Es ging darum Neugier, kritisches Hinterfragen und die Begeisterungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen für das Thema Wissenschaft und Forschung zu fördern. Und tatsächlich hat das in Summe eine einzigartige Atmosphäre im ganzen Wiener Rathaus geschaffen.“

Dass Österreich in punkto Vertrauen in die Wissenschaft Nachholbedarf hat, ist spätestens seit der letzten Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2021 bekannt. Sie zeigt ein unvergleichlich hohes Maß an Wissenschaftsskepsis in der österreichischen Bevölkerung. Dies unter anderem deswegen, weil wenig Wissen darüber herrscht, wie Wissenschaft und Forschung funktionieren. „Umso wichtiger ist es daher, möglichst früh für dieses Thema zu interessieren, was am besten mit einem spielerischen Ansatz gelingt“, ist auch Alexander Herzog, Generalsekretär der PHARMIG, vom Konzept des Wiener Forschungsfestes überzeugt.

Nicht nur ein Spiel

Neben der spielerischen Erfahrung, die alle Beteiligten beim PHARMIG-Stand sammeln konnten, ging es den Macher:innen und Machern aber auch um Wissensvermittlung. „Wir haben in den letzten Jahren erlebt, welche Dynamik Angst und Unsicherheit annehmen können. Zu Beginn der COVID-19-Impfungen war die Begeisterung groß, dass es nun ein Mittel gegen das Coronavirus gibt. Schon bald aber wurden die Stimmen immer lauter, die versucht haben, die Sicherheit und Wirksamkeit dieser Impfstoffe zu diskreditieren. Also war uns wichtig, aufzuklären, dass Arzneimittel nur dann zugelassen werden, wenn sie evidenzbasiert beweisen können, dass sie genau das sind: wirksam und sicher“, so Christa Holzhauser.

Auch in punkto Nachwuchsförderung setzte das Forschungsfest Akzente und machte an jeder Station exemplarisch Berufsbilder aus dem Bereich Forschung sichtbar. Für die Besucher:innen jugendlichen Alters und ihre Fragen rund um mögliche Berufe im Bereich Forschung und Entwicklung in pharmazeutischen Unternehmen, standen Fachleute aus der Branche Rede und Antwort. (MD)

Respektlos in Bewegung

Straßenverkehr, das ist Brutalität pur, sagen Medien und Bauchgefühl. Was ist dran an der zunehmenden Aggressivität? Befragungen belegen, wer wirklich drängelt, hupt und Tempolimits missachtet. Messdaten zeigen objektive Trends.

Wir werden immer aggressiver, am Steuer genauso wie am Fahrrad-Lenker. Hat man neulich nicht sogar selbst lautstark, wenn auch privatissime, das zögerliche Fahrverhalten anderer mit pointierten Wertungen kommentiert? Freilich: Die eigene Erfahrung kann täuschen. Daten wären objektiver. Eine orientierende Literaturrecherche bestätigt die persönliche Einschätzung: Aggressivität im Straßenverkehr nimmt zu. International. In den USA führte „Road Rage“ seit 2013 zu über 300 Verkehrstoten, sagt die NHTSA, die Sicherheitsbehörde für amerikanische Highways. Schlimmer noch: Die APA, die American Psychological Association, berichtet von über 200 Morden auf US-Straßen in sieben Jahren, denn nach Landesbrauch haben Road Rager auch oft eine Schusswaffe zur Hand. Laut CNN haben Meldungen über Road Rage innerhalb von 10 Jahren um 500 Prozent zugenommen.

Hierzulande wie in Deutschland wird Aggressivität im Straßenverkehr von Autofahrerclubs regelmäßig thematisiert. Den psychologischen Hintergrund leuchten sie – teilweise – gleich mit aus: Im Sommer steigt das Stressniveau („die Hitze“). Dazu gibts Tipps zur Aggressionslinderung: ausreichend Zeit einplanen, das entspannt! Die Medien, immer im Dienst der Volksaufklärung, berichten und interviewen gerne ergänzend einen Experten (Exekutive, meist Männer), der täglich mit der mobilen Aggressivität konfrontiert ist und enthüllt, dass Autofahrer:innen beleidigend werden oder Zeige- bzw. Mittelfinger respektlos bewegen. Das geschehe „immer öfter“, „manchmal“, oder auch „mitunter“ – die Zeiträume, in denen die Exekutive Aggressions-Datenpunkte summiert, können angesichts der rauen Sitten auf unseren Straßen nicht immer wissenschaftlichen Ansprüchen genügen.



Foto: Adobe Stock

Nicht alles schwarz-weiß

Was weiß die Forschung? Eine Antwort gibt die „Unfallforschung der Deutschen Versicherer“ (UDV), eine Abteilung des Gesamtverbands der Deutschen Versicherer (GDV). Die UDV veröffentlicht neben Studien über Kindersitze, Leitplanken und die Sicherheit von Reisebussen eine repräsentative Befragung zum deutschen Verkehrsklima. Der Bericht bedient auch den Bedarf an mobilen Aggressionsthemen. So klärt die 2020er Studie auf, dass sich 54 Prozent aller Verkehrsteilnehmer:innen „sicher“ oder „sehr sicher“ fühlen. In den Jahren davor war der Wert mal niedriger, mal höher – gute Forschung liefert selten Schwarz-Weiß-Befunde.

Aber bei aggressivem Verhalten wird es unzweifelhaft düster: 90 Prozent haben es schon beobachtet, bei anderen. Hell dagegen sehen sie das eigene Fahrverhalten: Die Mehrheit befundet sich selbst als höflich und zurückhaltend. Detto bei Corona: Die Belastungen hätten die anderen aggressiver gemacht, man selbst sei zahmer gefahren.

Frau am Steuer

Die Studie von 2016 deckt auf: Männer sind aggressiver als Frauen – sie drängen, hupen, schneiden öfter. Mit einer Ausnahme: Wenn Frauen sich ärgern, fahren 52 Prozent schon mal zu schnell. Bei Männern nur 42 Prozent. Was daran liegen könnte, dass es ihnen leichter fällt, Ärger verbal oder mittels Handzeichen zu kanalisieren – ganz im Sinne der Verkehrssicherheit.

Anderes lässt sich objektiv messen: Wir fahren heute doppelt so viel Auto wie vor 30 Jahren, sagt der VCÖ. Das gilt auch für das Rad: Am Praterstern wurden diesen Sommer 623.300 Radler:innen gezählt, über 150.000 mehr als 2019. Auch bei konstanter Friedfertigkeit – wer mehr fährt, hat mehr Gelegenheit, Fahrer:innen mit Mödlinger Kennzeichen zu begegnen, die es sich auch im dichten Nachmittagsverkehr nicht nehmen lassen, die Architektur der Wiener Ringstraße zu würdigen. Ganz objektiv. (FB)



Geht der heimischen Produktion bald die Luft aus?

Hohe Inflation, Lieferschwierigkeiten und explodierende Energiekosten ergeben ein Umfeld, in dem die Aussichten für produzierende pharmazeutische Unternehmen nicht gerade rosig sind. Gepaart mit dem ohnehin niedrigen Preisniveau bei patentfreien Produkten ergibt das ein düsteres Bild. Was Interessenvertretungen der pharmazeutischen Industrie daher fordern, sind faire Preise. Das beginnt bei einer Angleichung der Preise im Arzneimittelmarkt an die Inflation.

VertreterInnen von FCIO und PHARMIG nehmen nicht nur aus der Perspektive der Interessenvertretung, sondern speziell auch in ihren Funktionen als Geschäftsführende herstellender Pharmaunternehmen wahr, dass die Versorgung mit Arzneimitteln aus Österreich alles andere als sichergestellt ist.



Mag. Katherina Schmidt, Geschäftsführerin Pharmazeutische Fabrik Montavit Ges.m.b.H.

Foto: Montavit

Teure Energie bedeutet nämlich, dass nicht nur Produktionsprozesse selbst teurer werden, sondern vielfach Güter entlang der gesamten Lieferkette – wie zum Beispiel Rohstoffe, Lösungsmittel, Wirkstoffe oder Verpackungsmaterialien. Das trifft viele Branchen, doch die Unternehmen der pharmazeutischen Industrie können diese stark gestiegenen Kosten auf niemanden abwälzen, wie es sonst gang und gäbe ist.

Schere klafft auseinander

Dazu kommt, dass sich die Indizes für den Verbraucher- und den Medikamentenpreis seit Jahren in unterschiedliche Richtungen bewegen. Ersterer geht stetig nach oben, während zweiterer sinkt. Das wird an folgendem fiktiven Beispiel deutlich: Eine Arzneimittelpackung, die 1996 noch für zehn Euro zu haben war, gibt es heute bereits um wohlfeile 6,17 Euro. Im Vergleich dazu sind aber alle anderen Preise gestiegen, egal ob Milch, Brot, Kleidung oder anderes. Diese ständige Abwärtsspirale bei den Arzneimittelpreisen macht, zusammen mit den jüngsten Belastungen, das Wirtschaften

für manche Unternehmen zur Überlebensfrage.

Dazu sagt etwa Katherina Schmidt, Geschäftsführerin beim PHARMIG-Mitglied Montavit: „Will man den Produktionsstandort Österreich stärken und zukunftsfähig erhalten, kann es keine Lösung sein, die heimischen produzierenden Unternehmen immer weiter zu belasten und sie mit ihren Sorgen und Nöten allein zu lassen. Wir brauchen die Unterstützung der Politik, wenn sie den Wunsch nach einer verstärkten Arzneimittelproduktion hierzulande wirklich ernst meint.“

Inflation frisst Produktion?

Die Branche störe sich dabei nicht an den strengen Vorgaben – diese seien richtig und wichtig, wie Ilse Bartenstein als Vertreterin des FCIO und Geschäftsführerin der G.L. Pharma betont. Diese Regelungen sorgen laut Bartenstein dafür, dass Arzneimittel sicher und verfügbar seien. Doch bei der Preissetzung sehe man angesichts des aktuellen Preisauflaufs Handlungsbedarf in der Branche. Neben der Abgeltung der

Dr. Ilse Bartenstein, MA,
Vorsitzende des Pharmaaus-
schusses im Fachverband
der Chemischen Industrie
Österreichs (FCIO) und
Geschäftsführerin der G.L.
Pharma GmbH



Foto: Augenblick Stainz

Foto: Wilke

Dr. Bernhard Wittmann,
PHARMIG-Vizepräsident
und Geschäftsführer
der Sigmapharm
Arzneimittel GmbH

Inflation sei auch die Weiterführung des Preisbandes für Generika unverzichtbar. Zuletzt wurden im vergangenen Frühjahr zusätzliche Regelungen vom Parlament festgelegt, die dazu beitragen, dass die ohnehin niedrigen Arzneimittelpreise in Österreich weiter niedrig gehalten werden.

Vor allem bei den hohen Energiekosten ist das für die Branche inakzeptabel. „Wir brauchen im patentfreien Bereich eine Angleichung der Arzneimittelpreise an die Inflation. Man muss nicht Betriebswirtschaft studiert haben, um sich ausrechnen zu können, dass ein Unternehmen trotz Kostenoptimierungen nicht sehr lange überleben

kann, wenn die Produktionskosten und die gestellten Anforderungen so stark und laufend steigen, aber sich die Preise für das eigene Produkt, wenn überhaupt, nur nach unten bewegen“, so Bartenstein.

Wirtschaftsfaktor

Damit sieht sich auch Bernhard Wittmann, Geschäftsführer der Sigmapharm und Vizepräsident der PHARMIG, konfrontiert: „Wir sehen, was unsere Mitarbeitenden tagtäglich leisten, mit welchem Einsatz sie in der Forschung, in der Produktion, am Fließband, bei der Verpackung und auch draußen im Vertrieb unterwegs

sind. Die pharmazeutischen Unternehmen stellen an die 18.000 Arbeitsplätze zur Verfügung. Wir leisten einen wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung und zahlen Steuern, die der Allgemeinheit zugutekommen, ganz abgesehen von unseren Produkten, die einen enormen Nutzen für Patientinnen und Patienten stiften. In Zeiten, in denen wir die Bedeutung der Versorgungssicherheit vor Ort mehr denn je zu schätzen wissen, müssen uns diese Vorteile als Gesellschaft etwas wert sein. Das zu sichern, sollte der Auftrag der Allgemeinheit an die Politik und das solidarische Gesundheitswesen sein“, appelliert Wittmann.

IM FOKUS

In dieser Rubrik stellen wir Ihnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PHARMIG mit ihren Services und Aufgaben vor.



MMag. Claudia Oberhuber, Bakk., M.A.I.S.
Senior Manager Strategic & International
Projects and Executive Assistant

Seit 2019 ist die gebürtige Steirerin Claudia Oberhuber im Team der PHARMIG. Im Sommer 2022 hat sie die Leitung des Teams „Strategic and International Projects“ übernommen. Vor ihrem Eintritt in die PHARMIG war die Absolventin der Diplomatischen Akademie u.a. im Außenministerium, der Industriellenvereinigung sowie in diversen Unternehmen im In- und Ausland tätig.

Was macht den Reiz der Pharmabranche aus?

Oberhuber: Die Tatsache, dass Medikamente Leben retten und die Lebensqualität von zig Millionen Menschen weltweit verbessern. Mit meiner Arbeit leiste ich dazu einen kleinen Beitrag – das ist für mich der

wesentlichste Anreiz. Ich finde es schade, dass der Branche immer wieder der Fokus auf Gewinnmaximierung unterstellt und dabei ausgeblendet wird, welche Risiken eingegangen werden, um medizinischen Fortschritt zu ermöglichen. Außerdem tut sich in dieser dynamischen Branche täglich etwas Neues und wir arbeiten am Puls der Zeit.

Welche Aufgaben stehen derzeit im Vordergrund?

Oberhuber: Als europäische Themen im Aufgabenbereich meines Teams sind derzeit die Revision des Rechtsrahmens für die pharmazeutische Industrie ebenso wie die damit zusammenhängende Arzneimittelstrategie der Europäischen Kommission aus

2020 prioritär. Globale Themen, die in meine Agenden fallen, sind der WTO-TRIPS Wai-ver und der WHO-Pandemievertrag. Einerseits beobachten wir diese Entwicklungen und andererseits bringen wir dazu die mit Industrie und Politik abgestimmten Positionen aus Österreich auf internationaler Ebene ein. Als Executive Assistant unterstütze ich nach wie vor unseren Generalsekretär.

Was ist Ihnen in der Freizeit wichtig?

Oberhuber: Höhenmeter und Kilometer! Sei es auf dem Rennrad, dem Mountainbike, mit den Tourenskiern oder beim Klettern. Ich verbringe so viel Zeit wie nur möglich in der Natur, um an der frischen Luft meine innere Batterie aufzuladen.

LITERARISCHE NATURWISSEN- SCHAFT

Vier französische Forscher, vier Geschichten: Étienne Geoffroy Saint-Hilaire, Antoine de Lavoisier, Claude Bernard und Louis Pasteur haben jeder in seinem Bereich bahnbrechende Erkenntnisse gewonnen. In »Als die Giraffe noch Liebhaber hatte« nimmt Autor Michael Lichtwarck-Aschoff ihre Entdeckungen zum Ausgangspunkt seiner Erzählungen aus ungewöhnlichen Perspektiven. Denn es sind die Mitmenschen der vier Protagonisten, die ihre Sicht auf die Geschehnisse preisgeben und erzählen, wie sehr die Entdeckungen der vier Wissenschaftler vom Zufall geprägt waren.

Man erfährt fast „nebenbei“, dass Saint-Hilaire Taktgeber der modernen Evolutionstheorie war oder dass de Lavoisier als Vater der chemischen Revolution gilt. Erzählt wird auch die Geschichte von Pasteur und Joseph Meister, dem ersten Impfling, oder jene von Bernard, dem Begründer der Toxikologie. Die Tatsachen, die in diesem Buch berichtet werden, sind meist nicht gänzlich unbekannt. Wie sie aber zusammenhängen, sucht man selbst in den Fußnoten der Wissenschaftsgeschichte vergebens.

Michael Lichtwarck-Aschoff:
Als die Giraffe noch Liebhaber hatte



S. Hirzel
Verlag GmbH,
204 Seiten
Preis: € 24,95



Foto: VGN / Ian Ehm

„MIT KRISEN UMGEHEN LERNEN“

Renate Kromp leitet das Ressort Politik des Magazins News.

Welche Themen interessieren Sie als Journalistin besonders?

Renate Kromp: Als Politikjournalistin widme ich mich vor allem innenpolitischen Themen. In letzter Zeit war ich dabei mit Krisen aller Art konfrontiert. Aktuell beschäftige ich mich unter anderem intensiv mit der Psychologie der Krise, den Wechselwirkungen zwischen Ängsten und Krise und wie wir mit Krisen umgehen können.

Welche Rolle spielt Gesundheit als Wirtschaftsfaktor?

Generell ist der Gesundheitsbereich natürlich ein wesentlicher Wirtschaftsmarkt, der zunehmend größer wird. Auch das Zusatzangebot in diesem Bereich (neben den „klassischen“ Gesundheitsangeboten, die von den Krankenkassen gezahlt werden) wächst ständig, denn viele Menschen sind bereit, hierfür Geld auszugeben. Dabei dürfen wir nicht auf jene vergessen, die sich die privat zu zahlenden Gesundheitsangebote nicht leisten können. Sonst entsteht eine Zwei-Klassen-Medizin, und das kann nicht im Interesse einer Gesellschaft sein.

Sollte Gesundheit als Wirtschaftsfaktor in Österreich einen höheren Stellenwert erhalten?

Man hat während der Corona-Krise gesehen, dass Österreich zu abhängig von anderen Ländern ist, da viele Arzneimittel und andere Gesundheitsprodukte nicht in Österreich oder in Europa produziert werden. Es gilt daher, Produktion wieder vermehrt nach Europa und auch nach Österreich zu holen. Dies würde sowohl Steuern als auch Arbeitsplätze generieren.

Die Wissenschaftsskepsis ist in der Bevölkerung in Österreich relativ weit verbreitet. Was können Medien dazu beitragen, um diese Skepsis abzubauen?

Immer wieder über wissenschaftliche Themen berichten, dabei Expertinnen und Experten zu Wort kommen lassen, die das jeweilige Thema gut erklären können, und auch immer wieder herausstreichen, warum Wissenschaft wichtig ist. Eine Gratwanderung dabei ist, wie viel Platz man eventuellen Gegenpositionen einräumt. Es gilt auch zu erläutern, warum wissenschaftliche Erkenntnisse sich ändern und weiterentwickeln können. Wir Journalistinnen und Journalisten müssen uns die wissenschaftlichen Fakten genau anschauen und dürfen nicht einer schnellen Schlagzeile zuliebe ungenau werden.

Was kann die Pharmaindustrie dazu beitragen, um die Wissenschaftsskepsis der Menschen zu verringern und auch das negative Image der Pharmabranche zu korrigieren?

Niederschwellig und sachlich erklären, was Wissenschaft und die Pharmaunternehmen eigentlich tun, damit der Verdacht des reinen Profitinteresses gar nicht erst aufkommt. Zweifel der Bevölkerung sollte man aktiv aufgreifen und mit Fakten widerlegen.

AUS DEM NETZ



Foto: www.fopi.at

Sachlich informiert. Der Podcast Am Mikro|skop vermittelt wesentliche Informationen und faktenbasiertes Wissen rund um die Themen Forschung, Entwicklung und Produktion von Medikamenten. Oberste Priorität hat dabei die sachliche, verständliche Vermittlung von Informationen zu Entscheidungen, Hintergründen und Zusammenhängen im Healthcare-Sektor. Als Gastgeberin geht Martina Rupp in die Gespräche mit Wissenschaftler:innen, Fachleute und Branchenvertreter:innen. Am Mikro|skop ist eine Initiative von FCIO und FOPI.

Erhältlich im Apple App Store und Google Play Store sowie direkt über die Website:
fopi.at/podcast/

Durchsetzung von Rechten in der Kassenerstattung



Foto: Adobe Stock

Die Navigation durch das österreichische Gesundheitssystem ist nicht immer einfach. Doch es gibt Hilfestellung, wenn es darum geht, als Patientin oder Patient die bestmögliche Behandlung zu erhalten. Im folgenden Beispiel zeigen wir, was Patientinnen und Patienten tun können, wenn ein chefarztpflichtiges Rezept oder eine Verordnung nicht bewilligt wurde:

Der Erstattungskodex oder ablehnende Entscheidungen des chef- und kontrollärztlichen Dienstes entscheiden nicht immer endgültig über die Rechte von Patientinnen und Patienten. Rat und Unterstützung bieten die Ombudsstellen der Sozialversicherungsträger oder der Ärztekammer. Auch Patientenanwaltschaften oder die Arbeiterkammern (für Erwerbstätige) beraten bei Schwierigkeiten mit Kostenübernahmen durch die soziale Krankenversicherung.

KONTROLLVERFAHREN

Sollte der direkte Kommunikationsweg nicht zum Erfolg führen, besteht die Möglichkeit, die Entscheidung kostenlos durch Gerichte überprüfen zu lassen. Bei diesem sogenannten Kontrollverfahren entstehen nur Anwaltskosten. Das Kontrollverfahren nach Ablehnung durch den chefarztlichen Dienst läuft wie folgt ab:

- 1** **Beantragen Sie bei Ihrer Krankenkasse einen Bescheid über die Nicht-Bewilligung. Es gibt folgende Möglichkeiten:**

 - via Formular der Krankenkasse
 - Ablehnung mit den Worten „Bitte um Ausstellung eines Bescheides“ per Post, Fax oder online an die Krankenkasse schicken
- 2** **Dieser Bescheid muss von der Krankenkasse binnen 14 Tagen ausgestellt werden und folgendes beinhalten:**

 - Eine Begründung, warum die Krankenkasse keinen Anspruch des Patienten/der Patientin auf die gewünschte Therapie sieht
 - Die Angabe einer geeigneteren und kostengünstigeren alternativen Therapie
- 3** **Nach Erhalt des Bescheides reichen Sie binnen 3 Monaten eine Klage beim Arbeits- und Sozialgericht ein. Sie haben folgende Möglichkeiten:**

 - Die Klage persönlich und direkt beim zuständigen Arbeits- und Sozialgericht zu Protokoll geben.
 - Mit Hilfe von Arbeiterkammer oder Rechtsanwalt/Rechtsanwältin die Klage per Schreiben an das Gericht schicken.
- 4** **Nach Einholung eines Sachverständigengutachtens und einer mündlichen Verhandlung entscheidet das Gericht und stellt ein Urteil zu.**

 - Im Falle eines Negativurteils:** Fällt auch das Gericht die Entscheidung, dass die Kosten für die Therapie nicht von der Sozialversicherung übernommen werden, haben Sie die Möglichkeit, binnen 4 Wochen beim Oberlandesgericht Berufung einzulegen.
 - Letzte Instanz: Revision beim Obersten Gerichtshof**
Wird auch im Berufungsverfahren des Oberlandesgerichts ein Negativurteil gestellt, können Sie binnen 6 Wochen Revision beim Obersten Gerichtshof einbringen. Hierfür sind Sie verpflichtet, einen Anwalt/eine Anwältin hinzuzuziehen.



Mehr zum Thema Patientenrechte finden Sie in der Broschüre: **Ihr Recht als Patient:in – Von Diagnosestellung bis Nachsorge**

Download oder gratis gedruckte Broschüre bestellen:





PHARMIG

Verband der pharmazeutischen
Industrie Österreichs

NEU AUSGEBILDET

Mit den komplett neu überarbeiteten Lernunterlagen sind künftige Pharmareferentinnen und -referenten top vorbereitet für ihren Schritt in die Praxis. Bestellen Sie Ihre gedruckten Exemplare bei:

 karin.schroefl@pharmig.at

www.pharmig.at